

Sommer 2021

# PALÄSTINA-INFO



Arabisch-israelische Beziehungen • Protest in Israel  
Online Überwachung • Meinungsfreiheit

# Editorial

Mitten in der Endproduktion haben sich die Ereignisse in der Region überschlagen: intensivierte Zwangsräumungen in Ostjerusalem, der Einsatz von Gummischrot gegen Betende auf dem Haram al-Scharif und das gewaltsame Eindringen in Felsendom und Al-Aqsa-Moschee durch die israelische Polizei; Raketen aus dem Gazastreifen nach einem abgelaufenen Ultimatum der Hamas; rechte jüdische Mobs in den Strassen arabischer Viertel in Israel; die erneute Bombardierung der schutzlosen Zivilbevölkerung Gazas und die massive Repression palästinensischer Protestierender in Israel und dem besetzten Gebiet. Die Ereignisse zeigen einmal mehr die Dringlichkeit, Druck aufzubauen, um die strukturelle Diskriminierung der Palästinenser:innen zu überwinden.

Konträr dazu hat der Schweizer Bundesrat kürzlich bekannt gegeben, dass er das 1992 geschlossene Agrar-Handels-Abkommen (FHA) mit Israel modernisiert habe.

Nicht nur die Schweiz intensiviert ihre Beziehungen zu Israel. In dieser Nummer laden wir auf eine Reise durch die umliegenden arabischen Staaten ein und zeigen auf, wie diese zu Israel stehen und sich diese Beziehungen im Laufe der Zeit entwickelt haben.

Israel selbst befindet sich dabei weiterhin in einem politischen Lockdown. Bald stehen zum fünften Mal in Folge Wahlen an. Wie schwer es dabei die Opposition hat, legitime politische Rechte auszuüben und gehört zu werden, zeigt der Artikel ab Seite 15.

Gegen die Kriminalisierung ihrer Aktivitäten müssen auch palästinensische Onlineaktivist:innen kämpfen. Die Corona-Situation machen sich sowohl palästinensische als auch israelische Behörden zunutze, um die Überwachung auszubauen. Ab Seite 17 mehr dazu.

Wir wünschen gute Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Spenden auf unser Postkonto 40-756856-2.

Titelfoto: Gaza, Michael Greub

# Kurzmeldungen

## **Fehlerhaftes Palästina-Info**

Aufgrund technischer Pleiten und Pannen kam die Winternummer des Palästina-Infos zum Schwerpunkt Gesundheit fehlerhaft daher. Dafür möchten wir uns entschuldigen und darauf aufmerksam machen, dass das Heft sowie der Hauptartikel in korrigierter Version auf der Homepage von BDS Schweiz als PDF heruntergeladen werden können.

[tinyurl.com/y52uhq3](https://tinyurl.com/y52uhq3)

## **Internationaler Medienverband interveniert bei UNO**

Der Verband reichte eine Beschwerde wegen der israelischen Gewalt gegenüber palästinensischen Journalist:innen ein. Im letzten Jahr hat der palästinensische Medienverband 760 Verstösse gegen Medienschaffende verzeichnet. Dabei wurden gewalttätige Übergriffe und Tötungen vonseiten der israelischen Armee, aber auch strukturelle und diskriminierende Praktiken dokumentiert. Nun sei es an der Zeit, Taten folgen zu lassen, hiess es an die Adresse des Sonderberichterstatters zur Meinungsfreiheit und der Sonderberichterstatterin zu aussergerichtlichen, summarischen und willkürlichen Hinrichtungen.

[tinyurl.com/y53xuuos](https://tinyurl.com/y53xuuos)

## **Gesichtserkennung an Checkpoints**

Dank der Hinterlegung von Gesichtsmarkmalen können Palästinenser:innen bald schneller durch Checkpoints reisen. Der Gebrauch der Identifikationssoftware ist aber umstritten, denn sie ermöglicht die vollständige Kontrolle der palästinensischen Bevölkerung und die Daten können auch einfach für militärische Zwecke genutzt werden. In verschiedenen US-amerikanischen Städten wurde die Anwendung solcher Technologien verboten, um den Datenschutz zu wahren.

[tinyurl.com/y3o3q3zb](https://tinyurl.com/y3o3q3zb)

## **Einreiseverbot für UN-Personal**

Mitte Oktober 2020 blockierte Israel die Einreise von 9 der 12 UN-Mitarbeiter:innen des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR). Damit wird der politische Kurs weitergeführt, Visa nur an diejenigen abzugeben, die Israel nicht für seine Palästina-Politik kritisieren.

[tinyurl.com/y66nwbus](https://tinyurl.com/y66nwbus)

## **Neue MENA-Strategie des Bundes**

Der Bund hat die Ziele für die Ausenpolitik in der Region Naher Osten und Nordafrika (MENA) für die Jahre 2021–2024 festgelegt. Die Schweiz unterstützt die „Suche nach einer politischen Lösung [...] zwischen Israel und Palästinensern. Zudem setzt sie sich für die junge Generation ein, indem sie die Berufsbildung fördert und dadurch den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Mit Israel, einem der weltweit innovativsten Länder, baut die Schweiz Partnerschaften u.a. im Bereich Fintech und Medtech auf.“ Im Bereich Cyber Security wird die Zusammenarbeit intensiviert. Gleichzeitig wird die Rüstungszusammenarbeit ausgebaut. Die erste Serie an Drohnen, welche die Schweiz von der israelischen Firma Elbit Systems bestellte, wird wohl im Sommer eintreffen. Trotz zusätzlichen Kosten und einem fragwürdigen Lieferungsprozess bestellt die Schweiz nun auch noch Funkgeräte bei derselben Firma. Für Elbit Systems scheint der Schweizer Markt auch in Zukunft interessant zu sein. In Kooperation mit der Ruag baut die Firma in Bern gerade eine lokale Niederlassung auf.

[tinyurl.com/y685eshq](https://tinyurl.com/y685eshq) und [tinyurl.com/y6a4wwwpn](https://tinyurl.com/y6a4wwwpn)

## **Palästinensische Neugeborene für Israel nicht existent**

Im Mai 2020 sistierte die palästinensische Behörde die Zusammenarbeit mit Israel, nachdem Annexionspläne für das Westjordanal

bekannt wurden. Die seitdem geborenen palästinensischen Kinder sind bei den eigenen Behörden zwar registriert, deren Existenz in Israel ist jedoch nicht erfasst. Dies verunmöglicht aktuell eine Ausreise, da Israel als Besatzungsmacht seit 1967 das Bevölkerungsregister kontrolliert.

[tinyurl.com/yynye9qu](http://tinyurl.com/yynye9qu)

### Öffentliche Gelder für Anti-BDS-Broschüre der Jerusalem Post

„Unmasking BDS“ heisst eine Broschüre, die im Juni 2019 der Zeitung Jerusalem Post beilag. Mitarbeiter:innen der israelischen Behörden sowie internationale Stimmen zur Delegitimierung der BDS-Kampagne kamen darin zu Wort. Nun wurde enthüllt, dass dieses Heft im Auftrag des Staates publiziert wurde und die Zeitung im Gegenzug finanzielle Unterstützung bekam.

[tinyurl.com/y6dbk3wj](http://tinyurl.com/y6dbk3wj)

### Legalisierung illegaler Bauten

In der Nachbarschaft Isawiyha in Ostjerusalem könnte es bald möglich sein, illegale Bauten eintragen zu lassen. Der neue Entwicklungsplan der Jerusalemer Regierung für das Quartier sieht einen Mechanismus zur Legalisierung fast aller Bauten vor. Wie überall im besetzten Gebiet bekommen Palästinenser:innen keine Baugenehmigung und haben keine andere Wahl, als illegal zu bauen. Der nun veröffentlichte Plan würde bestehende Gebäude inkludieren. Anwohner:innen bemängeln aber, dass der Plan nicht zukunftsgerichtet ist, da keine zusätzlichen Flächen zur Bebauung vorgesehen sind.

[tinyurl.com/yxqxqbd](http://tinyurl.com/yxqxqbd)

### Israelische Waffen für Aserbaidschan

Aserbaidschan importiert ungefähr 60 Prozent seiner Waffen aus Israel und lässt alte sowjetische Panzer von israelischen Rüstungsfirmen modernisieren. Im Gegenzug liefert das Land Öl an Israel, das dieses als unerlässlich für die eigene Ener-



UN-Schule in Flüchtlingslager bei Bethlehem, Jenny Bolliger

giesicherheit sieht. Insbesondere sogenannte Suiziddrohnen, relativ kleine, autonom fliegende Drohnen des Typs Harop, die vom Unternehmen IAI hergestellt werden, sind für die armenische Armee verheerend. Suiziddrohnen heissen die Harops, weil sie mit Sprengstoff bestückt werden können und anders als herkömmliche Drohnen diesen nicht abwerfen, sondern mitsamt dem Sprengstoff in die ausgewählten Ziele rasen und dann explodieren. Sie sind so für die gegnerische Luftabwehr kaum abzufangen.

[tinyurl.com/y582b89t](http://tinyurl.com/y582b89t)

### Enge Zusammenarbeit zwischen Jüdischem Nationalfonds und Siedlerorganisation

Das neben der Al-Aqsa-Moschee gelegene Haus der Familie Sumarin, das sich einen Zaun mit der Stadt David, einer archäologischen Stätte und israelischen Touristenattraktion, teilt, war seit Anfang der 1990er-Jahre Gegenstand einer vom Jüdischen Nationalfonds (JNF) angestrebten Räumungsklage. Das Haus wurde 1987 zum „Eigentum Abwesender“ erklärt und 1990 von der israelischen Entwicklungsbehörde an Hemnutah, eine JNF-Filiale, verkauft. Diese reichte daraufhin eine Räumungsklage gegen die Familie Sumarin ein, die seit 30 Jahren darum kämpft, in ih-

rem Haus zu bleiben. Kürzlich kam ein weiteres Detail heraus, nämlich dass Elad, eine Organisation, die sich für die israelische Besiedlung Ostjerusalems einsetzt, hinter den Kulissen den Fall vor den israelischen Gerichten vorantreibt.

[tinyurl.com/y6kd3jqh](http://tinyurl.com/y6kd3jqh)

### B'tselem nennt Israel Apartheid-regime

In einem neuen Bericht über die „Jüdische Vormacht zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan“ bezeichnet die israelische Menschenrechtsorganisation das israelische Regime als Apartheid. Laut B'tselem könne nicht mehr von zwei parallelen politischen Strukturen – der Demokratie in Israel und der temporären militärischen Besatzung in den 1967 besetzten Gebieten – ausgegangen werden. Die Entwicklungen der letzten 50 Jahre, namentlich der Ausbau der Siedlungen und die Annexion von Jerusalem als Hauptstadt, legen den Schluss nahe, dass in allen Gebieten nur ein Regierungssystem gelte, das die Unterdrückung der Palästinenser:innen durch die jüdische Bevölkerung vorantreibt. Nach der Veröffentlichung des Berichts verbot der israelische Bildungsminister umgehend den Auftritt von Menschen, die Israel als Apartheid-Staat bezeichnen, an Schulen. Der Direktor

von B'tselem war zuvor zu einem Webinar eingeladen worden ...

[tinyurl.com/yxdzqoh2](https://tinyurl.com/yxdzqoh2) und [tinyurl.com/yyywr5u4](https://tinyurl.com/yyywr5u4)

### Avraham Burg beantragt Austritt aus Judentum

Der ehemalige Knesset-Sprecher und Vorsitzende der Jewish Agency, Avraham Burg, der in den letzten Jahren massive Kritik an der israelischen Regierungspolitik äussert, hat jüngst einen Antrag ans Innenministerium gestellt, um dort seine Registration als Jude zu löschen. Er fühle sich nicht mehr dem jüdischen Kollektiv zugehörig und möchte nicht teil der Besatzungsmacht sein. Dieser Schritt bezieht sich auf das Nationengesetz, das 2018 in Israel eingeführt wurde und das jüdische Leben als Staatskultur festschreibt. Nicht jüdische Bürger:innen, ihre Kultur und Sprache werden als zweitklassig abgestempelt und der Ausbau der Siedlungen als wichtiges jüdisches Interesse definiert.

[tinyurl.com/y2gkqb6t](https://tinyurl.com/y2gkqb6t)

### Jerusalem Seilbahn

Eine von der Regierung geplante Seilbahn zur Klagemauer sollte 2021 eingeweiht werden. Ende 2019 haben dagegen jedoch Architekt:innen, Archäolog:innen und weitere israelische Intellektuelle beim Obersten Gerichtshof Klage eingereicht. Dabei wurden ökologische Bedenken angeführt, aber auch der Fakt, dass für den Bau weiteres palästinensisches Land enteignet werden würde. Obwohl das Gericht noch nicht über den Fall entschieden hat, haben die israelischen Behörden nun offenbar erste Schritte zum Bau der Seilbahn in die Wege geleitet.

[tinyurl.com/y2mrv855](https://tinyurl.com/y2mrv855)

### Diskriminierendes Impfprogramm

International beachtet, hochgelobt und effizient: Das Impfprogramm gegen Covid-19 in Israel ist weit vorangeschritten, ein hoher Anteil der Bevölkerung wurde bereits immunisiert. Doch wer wird als Teil

dieser Bevölkerung angesehen? Die ungleiche Verteilung ist nicht nur ein globales Problem, auch in Israel wird der Impfstoff selektiv eingesetzt. So wurden im besetzten Gebiet Siedler:innen geimpft, die palästinensische Bevölkerung ging lange Zeit leer aus. Als Besatzungsmacht stehe Israel in der Pflicht, sicherzustellen, dass auch die unter Besatzung lebenden Bewohner:innen Zugang zum Impfstoff haben, argumentiert etwa Amnesty International. Offizielle israelische Stellen berufen sich jedoch darauf, das Gesundheitswesen im besetzten Gebiet liege seit den Oslo-Abkommen ganz in der Zuständigkeit der palästinensischen Behörden.

[tinyurl.com/y3vbayxc](https://tinyurl.com/y3vbayxc)

### Neue Antisemitismus-Definition

Die von der israelischen Regierung und pro-israelischen Kreisen propagierte Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) steht schon lange im Ruf, als ideologisches Instrument zur Unterdrückung von Kritik am israelischen Apartheidregime zu dienen. Nun wurde mit der Jerusalem Erklärung zu Antisemitismus eine explizite Alternative zur IHRA-Definition veröffentlicht. Unterzeichnet wurde sie von rund 150 international renommierten Wissenschaftler:innen aus der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen. Sie soll einheitliche Standards setzen, anhand derer antisemitische Vorfälle identifiziert und bekämpft werden können, und trennt bewusst zwischen Antisemitismus und Kritik am Staat Israel bzw. Antizionismus. Doch auch die neue Definition ist nicht über alle Zweifel erhaben: Von palästinensischer Seite wird hervorgehoben, dass auch die Jerusalem-Erklärung auf den israelisch/palästinensischen Kontext fokussiert und damit ebenfalls «Versuche bestärkt, antijüdischen Rassismus mit dem Kampf für die palästinensische Befreiung zu koppeln».

[jerusalemdeclaration.org](https://jerusalemdeclaration.org) und [tinyurl.com/mjk49xvu](https://tinyurl.com/mjk49xvu)

### Fast 50 apartheidfreie Zonen in Genf

Am internationalen Antirassismustag 2021 haben sich rund 45 Organisationen, kulturelle Institutionen und Unternehmen wie Bars, Buchhandlungen und Bäckereien in Genf zu apartheidfreien Zonen erklärt. Damit setzen sie ein Zeichen der Solidarität mit den Palästinenser:innen und verweigern jegliche Zusammenarbeit mit dem israelischen Apartheidregime. Seit der öffentlichen Lancierung der Kampagne sind weitere unterstützende Organisationen dazugekommen. Auf der Kampagnen-Webseite ist eine vollständige Liste und Karte mit allen apartheidfreien Zonen zu finden, darunter auch die Büros der Genfer Sektionen von Unia, vpod/ssp und dem lokalen Klimastreikkollektiv.

[apartheidfree.ch](https://apartheidfree.ch)



Die Buchhandlung Albatros ist eine der knapp fünfzig apartheidfreien Zonen in Genf.

# «Es geht hier überhaupt nicht um Frieden»

Jonas Hinck

**Eine Analyse der Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Bahrain und die historischen Hintergründe dieser Beziehungen.**



Graffiti auf Apartheidmauer bei Bethlehem, Jenny Bolliger

Im Oktober 2020 berichteten mehrere israelische Medien übereinstimmend, dass sich Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Saudi-Arabien mit dem saudischen Kronprinzen Mohammed Bin-Salman zu Gesprächen über die zukünftige politische Lage getroffen habe. Die Saudis dementierten diese Berichte sofort und Netanjahu hüllte sich diesbezüglich in Schweigen.<sup>1</sup> Zweierlei wird aus dieser kleinen Episode ersichtlich: Erstens unterhalten arabische Staaten mehr oder weniger gut verheimlicht inoffizielle bilaterale Beziehungen mit Israel, und das nicht erst seit Kurzem. Zweitens werden diese inoffiziellen Beziehungen vermehrt öffentlich bekannt. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der jüngsten Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain und Israel.

Doch zunächst ein kurzer historischer Rückblick auf den Stand der Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel in den letzten Jahrzehnten: Auf offizieller Ebene versuchen die arabischen Staaten seit Langem, ihre Politik gegenüber Israel in der Arabischen Liga zu koordinieren. Bestimmend für die arabische Position gegenüber Israel war in den letzten 20 Jahren die unter der Führung von Saudi-Arabien verabschiedete Arabische Friedensinitiative. Darin bieten die Staaten der Arabischen Liga Israel eine Normalisierung der Beziehungen an. Dies unter folgenden Voraussetzungen: ein Rückzug Israels auf die Grenzen von vor 1967, die Anerkennung Ostjerusalems als die Hauptstadt eines unabhängigen Palästinensischen Staates und die Lösung der Flüchtlingsfrage auf Basis der UN-Resolution 194. Die 2002

verabschiedete Arabische Friedensinitiative ist als Absichtserklärung und Richtlinie für die zukünftigen Beziehungen zwischen den Staaten zu verstehen und gilt als Grundlage für die offizielle Position der arabischen Staaten gegenüber Israel. Durch die vom damaligen saudischen Kronprinzen Abdullah initiierte Friedensinitiative wurde „Land für Frieden“ erstmals die gemeinsame offizielle arabische Position in der Palästinafrage.<sup>2</sup>

## Arabische Friedensinitiative

Die Initiative war vor allem auch an die internationale Staatengemeinschaft und insbesondere an die USA gerichtet. Durch die Anschläge des 11. September war Saudi-Arabien politisch stark unter Druck geraten. Da viele der Attentäter saudische Staatsbürger waren, hoffte man durch das Entgegenkommen in der Palästinafrage eine erneute Annäherung an die USA herbeizuführen. Zudem kursierten in der ganzen arabischen Welt die schrecklichen Bilder der zweiten Intifada, gegen die die israelische Besatzungsmacht mit aller Härte vorging. Die Wut über das Vorgehen der Israelis kochte in den arabischen Staaten hoch. Die in diesen Ländern regierenden Autokraten befürchteten, dass ihre Regime von der Wut der Strasse hinweggefegt würden. Die Initiative verfolgte also aussenpolitische wie innenpolitische Ziele. Nie zuvor waren die arabischen Staaten so weit gegangen, die Anerkennung Israels in Aussicht zu stellen.

Während internationale Beobachter:innen die Initiative damals als weitreichendsten Vorschlag des Einlenkens gegenüber Israel seit dessen Staatsgründung begrüßten, reagierte Israel mit gleichgültiger Apathie und konservative Kreise sogar mit aggressiver Ablehnung. Der 2009 zum Premierminister gewählte Benjamin Netanja-

<sup>1</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.11.2020, [tinyurl.com/45ak9r3u](https://tinyurl.com/45ak9r3u).

<sup>2</sup> Birk, Michaela und Bawai, Ahmed: Bedeutung und Wandel der arabischen Friedensinitiative, [tinyurl.com/humdbu4w](https://tinyurl.com/humdbu4w).

hu sprach von einem inakzeptablen Ultimatum. Auch die damalige US-Regierung unter George W. Bush setzte andere Prioritäten und ging auf die Initiative nicht ein.<sup>3</sup>

In der arabischen Welt veranschaulichte die Friedensinitiative allerdings eine Verschiebung im Machtgefüge. Frühere Regionalmächte wie Ägypten und der Irak verloren an Bedeutung. Saudi-Arabien stieg zum mächtigsten arabischen Akteur der Region auf. Entscheidend dafür waren die gestiegenen Öleinnahmen in den Nullerjahren.

### Sudan

1956

Beginn der geheimen Treffen zwischen israelischen Beamten, wie dem israelischen Geheimdienstagenten Josh Palmon und dem israelischen Diplomaten Mordecai Gazit, und Mitgliedern der sudanesischen Ummah-Partei. Beide Seiten vereinbarten eine Zusammenarbeit bei antiägyptischen Vorhaben und die israelische Unterstützung der sudanesischen Baumwollindustrie.

1957

Höhepunkt der Verhandlungen zwischen dem Sudan und Israel bei einem Treffen zwischen dem sudanesischen Premierminister Abdullah Khalil und der israelischen Aussenministerin Golda Meir im Hotel Plaza Athénée in Paris.

1983

Treffen zwischen dem damaligen sudanesischen Präsidenten Dschafar an-Numairi und Israels Verteidigungsminister Ariel Sharon in Nairobi, Kenia, um eine Luftbrücke von äthiopischen Juden/Jüdinnen, den Falaschas, über Khartoum nach Israel zu besprechen.

2016

Der sudanesische Aussenminister Ibrahim Ghandour bietet diplomatische Beziehungen mit Israel an, um die Aufhebung der US-Wirtschaftssanktionen gegen den Sudan zu erreichen.

2020

Treffen zwischen Abdel Fattah al-Burhan, dem sudanesischen Militärkommandanten, und Regierungschef Benjamin Netanjahu in Uganda.

Saudi-Arabien wurde nicht nur zur wichtigsten Regionalmacht, sondern auch zum Hauptverbündeten der USA in der Region, wobei die Regierung Bush ihren Fokus viel stärker auf die Kriege im Irak und in Afghanistan richtete. Die Friedensinitiative geriet damit in Vergessenheit und mit ihr rückte die Palästinafrage in den Hintergrund.<sup>4</sup>

Dies änderte sich im Jahr 2006, als Israel Krieg gegen die schiitische Hisbollah-Miliz im Libanon führte. Angesichts der hohen Zahl ziviler Opfer und der Tötung mehrerer UN-Beobachter:innen geriet Israel international stark in die Kritik. Der Angriff wurde nach 34 Tagen mit einer Resolution des UN-Sicherheitsrats und einer Verstärkung der Präsenz der UN-Friedenstruppen beendet. Die Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien, waren sehr beunruhigt über die Unterstützung, die die schiitische Hisbollah aus der Bevölkerung der Golfstaaten erhielt. Zudem fürchteten sie eine Stärkung der Position des Irans in der Region. Denn Saudi-Arabien und der Iran hatten sich zu regionalen Gegenspielern entwickelt. Die Angst vor dem Erstarken einer vermeintlichen „schiitischen Achse“ (Iran, Syrien, Hisbollah) bewog die Golfstaaten unter saudischer Führung dazu, die inoffiziellen Beziehungen zu Israel zu intensivieren. Auch Israel sah im Iran aufgrund seiner feindlichen Rhetorik und der Unterstützung der Hisbollah einen gefährlichen Gegner. Daher wurden im Bereich der Sicherheitszusammenarbeit inoffiziell Beziehungen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten aufgenommen. Die jeweiligen Geheimdienste begannen Informationen auszutauschen, erste Wirtschaftsdeals im Bereich der Geheimdiensttechnologien wurden getätigt und es begann eine Koordination der Sicherheitspolitik gegenüber dem Iran.<sup>5</sup>

Auf offizieller Ebene waren die Verbindungen zwischen den arabischen Staaten und Israel zwar auf Eis gelegt, da Israel auf die Arabische Friedensinitiative nicht

reagiert hatte. Gleichzeitig nahm inoffiziell die Koordination, insbesondere in Form eines Austauschs in Sicherheitsfragen, angesichts der geteilten Feindschaft gegenüber dem Iran an Fahrt auf. Damit war der Boden bereitet für die schrittweise Normalisierung der Beziehungen mit Israel.

### Feindbild Iran

In den 2010er-Jahren waren für die arabisch-israelischen Beziehungen zwei Wahlen von entscheidender Bedeutung. 2008 wurde Barack Obama amerikanischer Präsident und begann einen langsamen Annäherungsprozess an den Iran. Dieser gipfelte 2015 im Atomabkommen mit dem Iran und den damit verbundenen Aufhebungen von Sanktionen gegen das Regime in Teheran. Zunächst jedoch wurde 2009 mit der Wahl von Benjamin Netanjahu zum israelischen Regierungschef der Arabischen Friedensinitiative der endgültige Todesstoss verpasst. Schon die Vorläuferregierungen hatten die Initiative eigentlich abgelehnt, da sie deren Forderungen keinesfalls hätten nachkommen wollen. Mit der Taktik des Schweigens konnten sie ihre Siedlungspolitik und ihre anderslautenden Interessen jedoch weiterverfolgen, ohne als Friedensverhinderer dazustehen. Gestützt auf den Rückhalt rechter und nationalreligiöser Kreise, lehnte Netanjahu die Initiative aus ideologischen Gründen öffentlich ab und liess sich dafür feiern.

Die im Jahr 2011 ausbrechende Arabellion (oder besser bekannt als der arabische Frühling) beeinflusste auch die Beziehungen zwischen den arabischen Staaten und Israel. Ausgehend von Tunesien, begann die Bevölkerung in vielen Ländern der arabischen Welt für

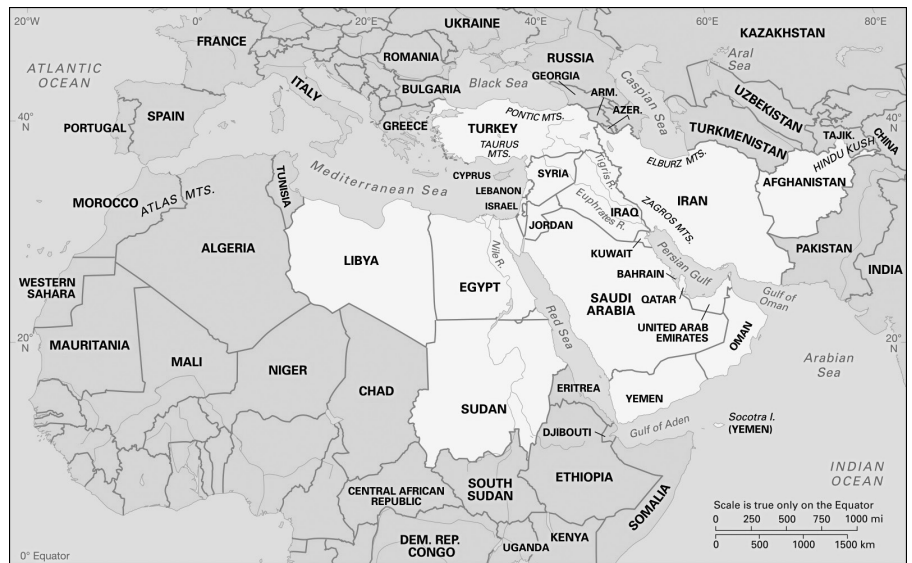
<sup>3</sup> Dajani Daoudi, Mohammed: The arab peace initiative. Lost in translation. CrossCurrents. Bd. 59., 4/2009. S 532 ff.

<sup>4</sup> Belkaid, Akram: Neuer Beziehungsstatus. In: Le Monde Diplomatique Dezember 2020.

<sup>5</sup> Birk und Bawai, a.a.O. und Coates Ulrichsen, Kristian: Israel and the Arab Gulf States Drivers and Directions of Change. 2016 The James A. Baker III Institute for Public Policy of Rice University.

mehr Demokratie auf die Strasse zu gehen. Auch in den Golfstaaten gab es Proteste, in Saudi-Arabien vor allem seitens der schiitischen Minderheit. Diese wurden mit extremer Härte niedergeschlagen. An vielen Orten erstarkten in der Folge Bewegungen, die mit den Muslimbrüdern sympathisierten. In Ägypten gewannen diese nach dem Sturz Mubaraks sogar die Wahlen. Die autokratischen Staaten des Golfes fürchteten sich vor einer Destabilisierung ihrer Regime. Sie begannen, die Muslimbrüder auch im Ausland zu bekämpfen, und spitzten den Machtkampf mit dem Iran zu. Obamas Politik der Annäherung an den Iran kam bei den Golfstaaten daher nicht gut an. Auch Ägypten lehnte nach der Machtübernahme durch das Militär Obamas Nahostpolitik ab. Da sowohl der Iran als auch die Muslimbrüder eine Anerkennung Israels ablehnten und bisherige Pläne und Verträge, wie zum Beispiel die Arabische Friedensinitiative, infrage stellten, war die israelische Regierung ebenfalls besorgt über die Ereignisse in der Region.

Somit teilten Staaten wie Saudi-Arabien, Ägypten nach dem Militärputsch, die VAE und Bahrain mit Israel plötzlich dasselbe Feindbild. Das liess sie die militärische und geheimdienstliche Zusammenarbeit nochmals verstärken. Einigkeit bestand auch in der Ablehnung der Aussenpolitik Obamas, nicht nur in Bezug auf den Iran, sondern auch aufgrund der Unterstützung der Proteste in der arabischen Welt. Der Chef des staatlich gelenkten saudischen Fernsehsenders al-Arabiya schrieb 2015: „Präsident Obama, hören Sie in Bezug auf den Iran auf Netanjahu. Der israelische Premierminister hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er sagte, dass die Länder des Nahen Ostens zusammenbrechen und dass ‚Terrororganisationen, die meist vom Iran unterstützt werden, das Vakuum ausfüllen. [...] In nur wenigen Worten schaffte es Netanjahu, eine akute Gefahr genau zusammen-



Maghreb und Naher Osten

zufassen, nicht nur für Israel (was offensichtlich seine Sorge ist), sondern auch für andere US-Verbündete in der Region. [...] Absurderweise scheint jedoch, obwohl dies vielleicht das Einzige ist, was Araber und Israelis zusammenbringt (da es sie gleichermassen bedroht), Präsident Obama der einzige Akteur zu sein, der die Gefahr der Situation nicht erkennt [...].“<sup>6</sup>

Israel, die autokratischen Regime am Golf und Ägypten wurden durch den gemeinsamen Feind Iran also näher zusammengeschweisst. Dieser Pragmatismus – der Feind meines Feindes ist mein Freund – ebenso wie die grundsätzliche Ablehnung der Demokratisierungsforderungen schufen Verständnis füreinander. Denn weder die konservative Regierung Netanjahus, die seit jeher mit autokratischen Tendenzen liebäugelt, noch die arabischen Golfmonarchien und das Militär in Ägypten hatten und haben das geringste Interesse an einer stärkeren Demokratisierung der Region.

#### Handelsinteressen

Vor diesem Hintergrund sind also die sogenannten Friedensverträge zwischen Israel und den VAE sowie Bahrain zu sehen.

Die USA spielen dabei eine doppelte Rolle: Einerseits verschaffte

Donald Trump mit seinem sogenannten Deal of the Century den israelischen Annexionsbestrebungen Auftrieb. Wichtiger dürfte jedoch der Rückzug der USA aus der Region sein, der sich schon unter Obama abzeichnete und unter Trump verstärkte. Israel und die Golfstaaten können in ihrem Machtkampf mit dem Iran nicht mehr bedingungslos auf die USA setzen und befürchten durch deren Rückzug eine Destabilisierung der Region. Dazu kommt, dass die Golfmonarchien in den letzten zwei Jahrzehnten enorm an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen haben. Sowohl Israel als auch diese Monarchien sind auf die Erschliessung neuer Wirtschaftsräume angewiesen: Die arabischen Staaten streben eine Diversifizierung ihrer Wirtschaft an und interessieren sich für Israels High-tech-Industrie. Israel auf der anderen Seite will den bislang fast inexistenten regionalen Handel ausbauen; zudem stellen die Golfstaaten ein enormes finanzielles Investitionspotenzial für Israels Wirtschaft dar.

Alles in allem dürfte die erwähnte Sicherheitszusammenarbeit gegenüber dem gemeinsamen Feind Iran letztlich der wichtigste Faktor der

<sup>6</sup> Abbas, Faysal: President Obama listen to Netanyahu on Iran. In: Al-Arabiya 20.05.2020 [tinyurl.com/2k3ju6c9](https://www.al-arabiya.com/2k3ju6c9).

Annäherung zwischen den VAE, Bahrain und Israel sein. Das hat mit Friedensabsichten jedoch wenig gemein. Keines der genannten Länder hat sich in den letzten Jahren als Friedensstifter in der Region erwiesen. Alle sind in diverse Konflikte involviert und die Normalisie-

### Marokko

1963

Der marokkanische Minister Mohammed Oufkir schliesst ein Abkommen mit den Israelis zur Ausbildung marokkanischer Geheimdienstler.

1976

Geheimes Treffen zwischen König Hassan II. und Jitzchak Rabin in Marokko, um eine Wiederaufnahme der ägyptisch-israelischen Verhandlungen zu besprechen.

1977

In Rabat finden geheime Gespräche zwischen dem israelischen Außenminister Mosche Dajan und Hassan Tohamy, dem ägyptischen Berater für nationale Sicherheit, statt.

1986

Der israelische Regierungschef Schimon Peres besucht Marokko öffentlich. Peres bestätigt in seiner Autobiografie, dass er Marokko zweimal besucht hat, bevor er Regierungschef wurde. Einmal 1976, um eine Krise in den ägyptisch-israelischen Verhandlungen zu besprechen, und einmal 1981, um die Situation des Nahen Ostens zu überprüfen.

1994

Marokko und Israel gründen Verbindungsbüros in Rabat und Tel Aviv. Damit ist Marokko die zweite arabische Nation, die formelle Beziehungen zu Israel unterhält.

2000

Mit dem Beginn der zweiten Intifada werden die Verbindungsbüros zwischen den beiden Ländern geschlossen. Die Immobilien blieben jedoch im Besitz der Länder.

2020

Wiedereröffnung der Verbindungsbüros. Marokko ist damit das dritte arabische Land, das 2020 diplomatische Beziehungen zu Israel aufnimmt.

rung ist eindeutig gegen den Iran gerichtet. Murielle Asseburg von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin betont daher: „Es geht (bei dieser Normalisierung) überhaupt nicht um Frieden.“<sup>7</sup> Viel wichtiger sei den Staaten, ein Bündnis gegen den Iran zu schmieden. Das zeige der mit der Normalisierung im Zusammenhang stehende Verkauf von F35-Kampffjets der USA an die VAE: In der Vergangenheit hatte Israel immer auf seiner militärischen Überlegenheit in der Region beharrt und sich strikt gegen eine solche Aufrüstung der VAE ausgesprochen. Mit dem neuen gemeinsamen Feindbild Iran wurde der Widerstand gegen den Verkauf nun aufgegeben.

Einige Wochen später beschlossen auch der Sudan und Marokko, ihre Beziehungen zu Israel zu normalisieren. Die Beweggründe dafür sehen nochmals anders aus. Vor dem Hintergrund des unsicheren demokratischen Übergangs versucht die sudanesishe Regierung durch die Normalisierung von der US-Terrorliste gestrichen zu werden, um so internationale Finanzhilfen zu erhalten. Marokkos Königshaus erhielt als Geschenk für die Normalisierung die Anerkennung der Westsahara als marokkanisches Territorium seitens der USA.<sup>8</sup>

Statt der offiziell vorgeschobenen Begründung der VAE, mit der Normalisierung solle die Annexion von Teilen des Westjordanlands verhindert werden, geht der Abschluss der sogenannten Friedensverträge also auf spezifische historische Entwicklungen und zunehmend konvergierende opportunistische politische Interessen zurück. Offiziell bedeutet dies einen Bruch mit der vorherigen Politik und der Ausrichtung der Arabischen Friedensinitiative. Angesichts der schon vorher real existierenden Kooperation ändert das jüngste Abkommen aber nicht viel. Es legt nur die gemeinsamen Interessen der arabischen Golfstaaten und Israels offen. Statt eines Friedensvertrags ist es wohl eher eine Absichtserklärung, gemeinsam kriegerisch gegen den Iran aktiv zu werden.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Murielle Asseburg und Guido Steinbeck, zusammengefasst aus dem Stiftung Wissenschaft und Politik Podcast: Annäherung Israel – Vereinigte Arabische Emirate. Palästinenser in der Abseitsfalle? SWP Podcast. P. 10, Oktober 2020.

<sup>8</sup> Belkaid, Akram: Neuer Beziehungsstatus. In: Le Monde Diplomatique Dezember 2020.

<sup>9</sup> Vgl. Steinberg, Guido: Der neue Nahe Osten. Israel und die VAE besiegen Schulterchluss gegen den Iran. Kurz gesagt der Stiftung Wissenschaft und Politik 15.09.2020, [tinyurl.com/7z8zury3](https://tinyurl.com/7z8zury3); Coates Ulrichsen, a.a.O., Ferziger, Jonathan und Bahgat, Gawdat: Israels growing ties with the Gulf Arab States. Atlantic Council Report 2020; SWP Podcast, a.a.O.



# Uneinigkeit über die Abraham-Abkommen

*Drei Fragen an Alaa Tartir*



Die Unterzeichnungszereemonie mit den Ausssenministern Bahraains (I.) und der VAE

Seit Israel im Sommer 2020 damit begonnen hat, eine Reihe sogenannter Friedensabkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Bahrain zu unterzeichnen, haben sich die Allianzen verschoben. Von den USA, die diese Treffen vermittelt haben, als leuchtendes Beispiel für den Frieden gepriesen, umgehen die Abraham-Abkommen einen wichtigen Akteur zur Erreichung von Frieden im Nahen Osten: Palästina. Um die Auswirkungen dieser Bündnisse auf Palästina sowie die zugrunde liegenden geopolitischen Beweggründe dahinter zu verstehen, haben wir dem palästinensischen Forscher Alaa Tartir drei Fragen gestellt.

**Unter der Schirmherrschaft der USA unterzeichneten Israel, Bahrain und die VAE am 15. September 2020 das sogenannte Abraham-Abkommen und stimmten damit einer Normalisierung ihrer Beziehungen zu. Was bedeutet dies im Kontext von Ländern, die sich miteinander nicht im Krieg befinden?**

Die sogenannten Abraham-Abkommen sind weder Friedens-

abkommen noch der historische Durchbruch, als der sie von vielen Beobachter:innen begrüßt wurden. Sie sind vielmehr ein Paradebeispiel für die Verzerrung der eigentlichen Bedeutung von Frieden. Einerseits handelt es sich im besten Fall um eine Reihe von wirtschaftlichen und diplomatischen Vereinbarungen zwischen einigen regionalen Akteuren zu gemeinsamen Interessen. Andererseits sind sie Ausdruck eines Bündnisses, das gebildet wurde, um dem entgegenzutreten, was als gemeinsame Bedrohung empfunden wird.

Es sind also enge, eigennützige Vereinbarungen, die darauf abzielen, Nutzen aus einem gemeinsamen Interesse zu ziehen und einer wahrgenommenen gemeinsamen Bedrohung zu begegnen. Sie drücken sich in einem elitären Ansatz von oben aus, der der herrschenden Klasse und den umstrittenen politischen Führer:innen der betroffenen Länder dienen soll. Die Abkommen sind also weder durch Bestrebungen der Bevölkerung zustande gekommen (die der wahre Garant eines dauerhaften Friedens ist) noch als Reaktion auf einen schrittweisen Ansatz von der Basis

aus, der auf die Schaffung eines positiven Friedens abzielt. Daher wäre es völlig verrückt, irreführend, gefährlich und unverantwortlich, die sogenannten Abraham-Abkommen als eine bedeutungsvolle Form von „Frieden“ oder gar als eine Formel für echte Stabilität oder Sicherheit zu betrachten.

Vor diesem Hintergrund bedeutet die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und anderen arabischen Ländern wie Bahrain und den VAE operativ also, „ungehemmt und ungeniert gemeinsame Geschäfte zu machen“. Politisch bedeutet es, die verdeckte Diplomatie in eine offene Diplomatie umzuwandeln. Wirtschaftlich bedeutet es, die bestehenden Sicherheitsvereinbarungen und die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zu nutzen, um profitable Geschäfte im Sicherheitsbereich (und in den jeweiligen industriellen Komplexen) zwischen den Unterzeichnenden zu gewährleisten. Im sozialen Bereich, insbesondere in der Ära nach Covid-19, werden wir erleben, wie

## Historische Abkommen

1979

Ägypten schliesst nach dem Camp-David-Abkommen 1978 in den USA als erstes arabisches Land einen Friedensvertrag mit Israel. Vorgesehen ist der Abzug Israels von der Sinai-Halbinsel, die Anerkennung Israels als souveräner Staat und die Normalisierung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen.

1994

Israel schliesst den Friedensvertrag mit Jordanien unter König Hussein. Im Vertrag werden neben der diplomatischen und wirtschaftlichen Kooperation auch die Grenzziehung und die Wasserversorgung geregelt.

2020

Unterzeichnung des Camp-Abraham-Abkommens zwischen den VAE und Israel. Die Zusammenberei in sämtlichen Bereichen der Wirtschaft, wie etwa Direktflüge, Aufhebung des Israel-Boycotts, Finanzen und Investitionen, wird im Friedensvertrag festgeschrieben.

## Saudi-Arabien

1981

Kronprinz Fahd bin Abdul Aziz von Saudi-Arabien schlägt bei einem Gipfeltreffen der Arabischen Liga in Fez, Marokko, einen Acht-Punkte-Friedensvorschlag vor.

2002

Die arabische Friedensinitiative unter Schirmherrschaft Saudi-Arabiens wird während einer Sitzung der Arabischen Liga in Beirut angenommen. König Abdullahs Initiative symbolisiert eine Abkehr von den «Drei Neins» der Khartum-Resolution von 1967. Sie fordert den Abzug Israels gemäss UN-Resolution 242 und 339 im Austausch gegen die Anerkennung Israels durch die Arabische Liga.

2016

Eine Delegation aus Riad mit dem ehemaligen saudischen General Anwar Eshki trifft in Israel ein, um sich mit dem Generaldirektor des Ausserministeriums Dore Gold zu treffen und die arabische Friedensinitiative voranzutreiben.

2020

Der saudische Kronprinz Mohammad bin Salman empfängt den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und US-Aussenminister Mike Pompeo in Neom, der futuristischen Technostadt im Nordwesten Saudi-Arabiens.

einige sogenannte Influencer:innen der sozialen Medien, Prominente und möglicherweise auch religiöse Akteur:innen die triviale Falle der angeblichen „Friedenssicherung“ nutzen werden, um die öffentliche Wahrnehmung zu beeinflussen, den herrschenden Eliten zu gefallen und finanziell von der aufkommenden „Friedensindustrie“ zu profitieren. Diese mehrdimensionalen Konsequenzen spiegeln einige Facetten der kurzsichtigen Strategie wider, die in nächster Zukunft zu erwarten sind. Ob es dazu kommt, hängt jedoch weitgehend davon ab, ob die bestehenden Regierungen an der Macht bleiben und ihre Politik fortsetzen werden. Wie stark oder fragil diese „Normalisierungsabkommen“ sind, wird sich zeigen,

sobald Trump und Netanjahu aus ihren politischen Ämtern ausscheiden.

Darüber hinaus ist es entscheidend, daran zu erinnern, dass diese „Normalisierungsabkommen“ mit dem „arabischen Konsens“ über das Palästina-Problem brechen und praktisch das Ende der viel gepriesenen Arabischen Friedensinitiative unter saudischer Ägide (englisch Arab Peace Initiative, API) bedeuten, wie sie bislang vorlag (eine künftige modifizierte Version der API ist nach wie vor möglich). Daher haben sie den „arabischen Block“ weiter zersplittert, was schon immer ein israelisch-amerikanisches Ziel war, das jetzt tendenziell erfüllt ist. Für die palästinensische Führung bedeuten sie daher die Möglichkeit, zu überprüfen, auf wen sie sich verlassen können.

Das Versagen der Arabischen Liga, Bahrain und die VAE mit ihrem Ausscheren aus dem „arabischen Konsens“ zu konfrontieren, und ihr gleichzeitiges Versagen, ihre grundlegende politische Mission zu erfüllen, zeigt der palästinensischen Führung, dass niemand sonst ihre Würde, ihre Unabhängigkeit und ihre Selbstbestimmung sicherstellen wird, wenn sie es durch ihr politisches Handeln nicht selbst tut.

### **Seit der Vereinbarung scheint Israel die Pläne zur Annexion des Westjordanlandes zurückzustellen. Was sind die tatsächlichen Auswirkungen dieser Bündnisse für Israel/Palästina?**

Es ist ein Mythos, zu glauben, dass die Abraham-Abkommen den israelischen Annexionsplan für die palästinensischen Gebiete im Westjordanland gestoppt haben oder irgendwie damit zusammenhängen. Der israelische Premierminister und der US-Botschafter in Israel haben deutlich gemacht, dass der Annexionsplan Israels immer noch auf dem Tisch liegt. Am 14. September 2020 hat die israelische Regierung den Bau von tausend neuen Wohneinheiten in Siedlungen und Kolonien genehmigt, die

gemäss dem Völkerrecht illegal sind. Die israelische Annexion der palästinensischen Gebiete ist seit der Gründung Israels im Jahr 1948 ein fortlaufender Prozess und damit nichts Neues; es ist das, worum es im Siedlerkolonialismus geht, und gehört ursächlich dazu. Dass das überhaupt diskutiert wird, zeugt von einem kollektiven Versagen auf internationaler Ebene, die Ursachen des palästinensisch-israelischen „Konflikts“ an der Wurzel zu packen. Wenn überhaupt, dann steht der israelische Annexionsplan, so wie er sich gegenwärtig darstellt, in direktem Zusammenhang mit der innerisraelischen Politik und Dynamik. Er stellt eine eklatante Verletzung des Völkerrechts dar und verstösst selbst gegen die bereits überholten Oslo-Abkommen von 1993.

Das von den USA unterstützte Bündnis zwischen Israel, Bahrain und den VAE bestärkt die israelische Führung und die Siedler:innen im besetzten Westjordanland in ihrer Macht und Stärke. Das wiederum führt zu mehr physischen und nicht-physischen Formen von Gewalt. Es ist keine Überraschung, dass in den letzten Monaten die israelische Gewalt und der Terror der Siedler:innen gegenüber der palästinensischen

## VAE

2013

Die VAE schliessen einen Vertrag mit dem israelischen Technologieunternehmen NSO Group zum Kauf der Spionagesoftware Pegasus.

2015

Israel richtet seine erste diplomatische Vertretung in den VAE ein, um bei der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA), mit Sitz in Abu Dhabi, vertreten zu sein.

2017

Die VAE arbeiten über die Cybersicherheitsfirma DarkMatter verdeckt mit israelischen Expert:innen für Cyberangriffe zusammen.

2020

Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen den VAE und Israel.

## Jordanien

Ab 1939

Intensivierung der inoffiziellen Gespräche zwischen König Abdullah von Transjordanien und Vertreter:innen der Jewish Agency in Anlehnung an Abdullahs politische Pläne für ein „Großsyrien“.

1947

König Abdullah von Transjordanien trifft sich mit Golda Meir in Naharayim und in Amman.

1960

König Hussein von Jordanien, Abdullahs Enkel, autorisiert geheime Treffen zwischen einem seiner Armeegeneräle und den Israelis in Jerusalem. Ab diesem Zeitpunkt trifft sich auch König Hussein selbst heimlich mit israelischen Führer:innen und Beamten:innen wie Golda Meir, Jitzchak Rabin und Shimon Peres in und außerhalb Israels.

1994

König Hussein schliesst mit Jitzchak Rabin den Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Haschemitischen Königreich Jordanien.

schen Bevölkerung zugenommen haben. Mit diesen unmittelbaren Folgen des israelisch-bahrainisch-emiratischen Bündnisses gehen auch längerfristige Auswirkungen einher, je nachdem, wie die verschiedenen Akteure sie auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene instrumentalisieren und ob sie zu neuen zusätzlichen „Normalisierungsabkommen“ führen werden. Die implizite und explizite Rolle Saudi-Arabiens ist in dieser Hinsicht am entscheidendsten. Inzwischen hat Israel dank dieser Demonstration von Schwäche und dem „Ausverkauf“ auf arabischer Seite einen weiteren Trumpf in der Hand und wird diesen zweifellos ausspielen, um neue Tatsachen zu schaffen, die die Ein-Staaten-Realität, das heisst einen Apartheidstaat mit entsprechendem System und Strukturen, zementieren.

**Palästina war am Abkommen nicht beteiligt. Der palästinensische**

**Aussenminister Riyad al-Maliki kündigte als Zeichen des Protests an, den Vorsitz des Rates der Arabischen Liga zurückzulegen. Wie sind die Aussichten für das palästinensische Volk und die palästinensische Führung unter diesen regionalen Verschiebungen?**

Die stattfindenden regionalen Verschiebungen und Transformationen können, was die Palästinenser:innen betrifft, als zweischneidiges Schwert betrachtet werden. Sie können die schon heute trüben Zukunftsaussichten noch mehr verdüstern, sie können der palästinensischen Führung aber auch erneut die Gelegenheit für einen Kurswechsel bieten und einen ernsthaften Reformprozess des palästinensischen Nationalprojekts einleiten.

Um auf diese enorme Herausforderung durch das Bündnis zwischen den USA, Israel, Bahrain und den Emiraten und die damit einhergehende existenzielle Bedrohung zu reagieren, reicht es nicht, ein Führungstreffen einzuberufen und leere Parolen und Rhetorik zu verbreiten oder einmal mehr die Einheit zwischen Fatah und Hamas zu verkünden und demokratische Wahlen zu fordern. Diese eingespielten Ansätze sind schon mehrfach gescheitert. Es ist an der Zeit, die taktisch dysfunktionalen, kurzsichtigen Strategien zu überwinden und den überholten bestehenden politischen Rahmen zu verlassen, auf den die derzeitige Führung Palästinas fixiert ist. Die Palästinenser:innen warten weder auf weitere Treffen, Erklärungen, Ausschüsse und Einheitsversprechen noch sind sie mit den bisherigen Taktiken, Ansätzen und gescheiterten Strategien zufrieden. Sie erwarten klare, durchführbare und greifbare Aktionspläne, die auf die Frage antworten, was es zu tun gilt. Auf dem Weg dorthin gibt es zweifellos zahlreiche Einschränkungen und Hindernisse zu überwinden. Aber wer hat schon behauptet, dass der Weg zu Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Selbstbestimmung und dauerhaftem Frieden einfach sei?



Alaa Tartir ist Forscher und akademischer Koordinator am Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung

Interview vom 14. Oktober 2020, erschienen auf der Website des Institut Moutaigne.  
[tinyurl.com/d27xb9rt](https://tinyurl.com/d27xb9rt)

# Arabische Machthaber und die israelische Führung: Eine lange Geschichte geheimer Zusammenarbeit

Joseph Massad

**Die Regime der arabischen Welt haben ihre eigenen Interessen stets über die des palästinensischen Volkes gestellt. Ein Überblick über jahrelange geheime und offene Treffen und Kooperationen.**



Israels damaliger Ministerpräsident Jitzchak Rabin und König Hussein von Jordanien 1993 in Washington

In den letzten Monaten hat sich die israelische Führung aktiv um engere Beziehungen und Allianzen mit arabischen Ländern wie den Golfstaaten, Marokko und Sudan bemüht. Diese Staaten hätten, so heisst es, endlich verstanden, dass Israel im Gegensatz zum Iran ein Freund und nicht ihr Feind sei. Diese neue Politik der Annäherung wird als ein grosser Sinneswandel der arabischen Regime dargestellt, die angeblich im Interesse der Verteidigung der Palästinenser:innen Beziehungen zu Israel stets gemieden hätten. Diese Darstellung war aber immer schon falsch. Die meisten arabischen Machthaber und Herrscherfamilien des 20. Jahrhunderts unterhielten freundliche Be-

ziehungen zu Israel und davor zur zionistischen Bewegung.

## Falsches Narrativ

Dieses falsche Bild eines andauernden Widerstands wurde sowohl von arabischen Regimen als auch von Israelis verbreitet. Es wurde von israelfreundlichen arabischen Intellektuellen in Umlauf gebracht, die behaupteten, die arabischen Regime hätten Israel unfairerweise verschmäht oder seien sogar auf Geheiss der Palästinenser:innen in den Krieg gegen Israel gezogen, anstatt ihre eigenen nationalen und Regierungsinteressen zu verfolgen. Diese Darstellung mündet in die Behauptung, es sei nun endlich an der Zeit, die eigenen Interessen der

arabischen Regierungen über die der Palästinenser:innen zu stellen. Als ob die arabischen Regierungen je den palästinensischen Interessen Vorrang gegeben hätten.

Solche Aussagen waren zuletzt vom sudanesischen Militärkommandanten Abdel Fattah al-Burhan nach einem Treffen mit dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu in Uganda [...] zu hören. Es war kaum das erste derartige Treffen zwischen sudanesischen Beamten und Israel. Geheime Treffen hatten bereits in den 1950er-Jahren stattgefunden. Damals wurde der Sudan noch von Briten und Ägyptern kontrolliert und die Umma-Partei im Sudan versuchte, sich israelische Unterstützung für die sudanesishe Unabhängigkeit zu sichern.

Nach der Unabhängigkeit trafen sich der sudanesishe Premierminister Abdullah Khalil und Golda Meir, Israels vierte Ministerpräsidentin, 1957 in Paris zu einem geheimen Treffen. In den 1980er-Jahren traf sich der sudanesishe Präsident Gaafar Nimeiri mit den Israelis und erleichterte die Migration äthiopischer Jüdinnen und Juden nach Israel. So konnten sie als koloniale Siedler:innen auf palästinensischem Land leben und arbeiten.

In jüngerer Zeit, im Januar 2016 und noch unter Omar al-Bashir, bemühte sich Aussenminister Ibrahim Ghandour um Aufhebung der US-Wirtschaftssanktionen gegen den Sudan, indem er im Gegenzug die Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen zu Israel anbot. Zu seinem jüngsten Treffen mit Netanjahu und zur Normalisierung der Beziehungen befragt, antwortete Burhan, die Beziehungen zu Israel beruhten auf „Sicherheits- und nationalen Interessen“ des Sudan und hätten damit Vorrang.

Die Geschichte der Beziehungen der sudanesischen Führung mit Israel ist kaum eine Ausnahme. In der Tat reicht die arabische Zusammenarbeit mit der zionistischen Bewegung bis in die Anfänge der zionistischen Besiedlung Palästinas zurück.

### **Freundschaftliche Beziehungen**

Am 3. Januar 1919, zwei Wochen vor Beginn der Pariser Friedenskonferenz, unterzeichnete Emir Faisal Ibn al-Hussein, damals noch König des kurzlebigen Königreichs Hedschas und später König des Irak, ein Abkommen mit dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation Chaim Weizmann. Faisal willigte in die Schaffung einer jüdischen kolonialen Bevölkerungsmehrheit in Palästina ein, um im Gegenzug König eines grossen, unabhängigen arabischen Königreichs Grosssyrien zu werden. Zwar wurde Faisal durch die französische Machtübernahme der syrische Thron verwehrt. Die Zionist:innen nutzten das Abkommen auf der Pariser Friedenskonferenz aber, um zu behaupten, ihre kolonialen Besiedlungspläne für Palästina hätten die Zustimmung arabischer Führer.

Emir Abdullah von Transjordanien, Faisals Bruder, übertraf diesen jedoch mit seiner lebenslangen Zusammenarbeit mit den Zionist:innen. In der Hoffnung, sie würden ihm erlauben, König von Palästina und Transjordanien zu werden, versprach er ihnen, sie könnten unter seiner Führung ihre Ziele verwirklichen. Diese Zusammenarbeit führte zu seiner Ermordung im Jahr 1951. Sein Enkel, König Hussein von Jordanien, genehmigte 1960 in Jerusalem die ersten geheimen Treffen zwischen einem seiner Armeegeneräle und den Israelis. Im Jahr 1963 traf er sich selbst heimlich mit israelischen Regierungsvertreter:innen in den Räumlichkeiten seines Arztes in London. Ab Mitte der 1970er-Jahre fanden seine verdeckten Treffen mit israelischen Führungsfiguren regelmässig in Israel statt.

Husseins lange Freundschaft mit dem israelischen Premierminister Jitzchak Rabin (der 1948 persönlich für die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus der Stadt Lydda verantwortlich war und 1987 während der ersten Intifada die Politik vertrat, den aufständischen Palästinenser:innen im Westjor-

danland und im Gazastreifen die Knochen zu brechen) wurde bei Rabins Beerdigung 1994 deutlich.

Hussein rechtfertigte seine geheimen Kontakte mit den Israelis damit, seinen Thron sichern zu wollen, was er angesichts des Drucks des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und später des Drucks der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als „nationales“ Interesse Jordaniens darstellte.

### **Zionistische Allianzen**

Neben den haschemitischen Prinzen und Königen verbündeten sich ab Mitte der 1940er-Jahre die maronitische Kirche Libanons sowie rechtsfaschistische maronitische Führer:innen wie die Phalangist:innen mit den Zionist:innen. Diese Allianz setzt sich bis heute fort. Ziel dieser Gruppen ist die Errichtung einer eigenen christlichen Republik im Libanon, nach dem Vorbild der jüdischen Siedlerkolonie.

In den frühen 1950er-Jahren waren es tunesische Nationalist:innen der Neo-Destur-Partei, die sich mit israelischen Vertreter:innen am Sitz der Vereinten Nationen trafen. Sie baten Israel um Unterstützung ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen gegenüber Frankreich. Dabei sahen sie über Israels koloniale Siedlungspolitik hinweg. Der autoritäre Führer Tunesiens Habib Bourguiba führte diese freundschaftlichen Beziehungen zu Israel bis zum Ende seiner Herrschaft im Jahr 1987 fort. In den 1960er-Jahren unterstützte Israel die Bemühungen Saudi-Arabiens, die Herrschaft des Imamats im Jemen gegen die republikanische Bewegung aufrechtzuerhalten. Die Israelis lieferten Waffen und Geld an die jemenitischen Monarchist:innen.

Die freundschaftlichsten Beziehungen in Nordafrika unterhielt Israel mit Marokko unter dem verstorbenen König Hassan II. Schon in den späten 1950er-Jahren trafen sich israelische Regierungsvertreter:innen mit marokkanischen Beamten:innen, doch die Beziehungen

verbesserten sich erst so richtig nach König Hassans Thronbesteigung. Ab 1960 flogen die Israelis auf der Basis geheimer Abkommen mit Marokko marokkanische Jüdinnen und Juden in das Land ein, um sie ebenfalls auf palästinensischem Land anzusiedeln.

### **Die marokkanische Verbindung**

1963 schloss der marokkanische Minister Mohamed Oufkir ein Abkommen mit Israel, das die Ausbildung marokkanischer Geheimdienstleute durch die Israelis garantierte. Israel half Marokko auch bei der Verfolgung seiner Oppositionellen. So wurde Mehdi Ben Barka unter israelischer Mithilfe 1965 vom marokkanischen Geheimdienst gefangen genommen und getötet. Und Jitzchak Rabin nahm 1976 eine geheime Einladung des marokkanischen Königs an.

1986 sahen beide Seiten keinen Grund mehr für Geheimhaltung. Shimon Peres wurde mit viel öffentlichem Tamtam in Marokko empfangen. 1994 eröffneten Marokko und Israel offiziell Verbindungsbüros im jeweils anderen Land.

2018 traf sich Benjamin Netanjahu heimlich am UN-Hauptsitz mit Marokkos Aussenminister zu Gesprächen. Anfang 2020 boten die Israelis den Marokkaner:innen ihre Hilfe bei der Anerkennung der marokkanischen Souveränität über die Westsahara durch die USA an. Im Gegenzug verlangten sie die formale Normalisierung der Beziehungen Marokkos zu Israel und die Zustimmung zu Donald Trumps sogenanntem Deal of the Century.

Das innige Verhältnis zwischen ägyptischen Politiker:innen und Wirtschaftsvertreter:innen mit Israel ist dagegen schon seit den späten 1970er Jahren bekannt.

Seit 1991 ist zu beobachten, wie israelische Führungspersönlichkeiten, Beamte und Sportler:innen offen die meisten Golfstaaten einschliesslich Katar, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und heimlich Saudi-Arabien besuchten. Ausserdem wurden meh-



Benjamin Netanjahu bemüht sich aktiv um engere Beziehungen zu arabischen Herrschern (Illustration M. Elaasar)

rere Verbindungs- oder Handelsbüros in diesen Ländern eröffnet.

### Staatsfeind Nummer eins

Die arabischen Beziehungen zu Israel, ob feindlich oder freundlich, wurden nie von den Interessen der palästinensischen Bevölkerung bestimmt. Den arabischen Regimen ging es immer um ihre eigenen Interessen und ihren Machterhalt, was sie oft als „nationale“ Interessen ausgeben.

Seit der Madrider Friedenskonferenz und den Oslo-Abkommen, in denen die palästinensische nationale Führung und die PLO zu Agenten der israelischen Militärbesatzung gemacht wurden, ist eine Übereinstimmung der Interessen der arabischen Regime und der Palästinenser:innen zu beobachten. Es bezeugt Israels unaufhörliche Bemühungen, arabische Eliten aus Politik, Wirtschaft und Kultur einzubinden. Und es bezeugt, wie breitwillig sich diese Eliten seit jeher einbinden liessen und lassen.

Während Israel erfolgreich darin war, gute Beziehungen zu den politischen und wirtschaftlichen Eliten aufzubauen, ist es kläglich darin gescheitert, arabische Intellektuelle für sich zu gewinnen, mit Ausnahme derjenigen, die auf der Gehaltsliste der Golfregime stehen oder für westlich finanzierte NGOs arbeiten. Noch deutlicher ist Israel darin ge-

scheitert, bei der arabischen Bevölkerung der Region an Popularität zu gewinnen. Der Kampf gegen die Kolonisierung palästinensischen Landes ist für sie untrennbar mit den eigenen nationalen Interessen verbunden und Israel bleibt der Hauptfeind aller Araber:innen.

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/opinion/love-affair-between-arab-rulers-and-israel>



Joseph Massad ist Professor für moderne arabische Politik und Ideengeschichte an der Columbia University in New York. Er ist Autor zahlreicher Bücher sowie wissenschaftlicher und journalistischer Artikel. Zu seinen Büchern gehören *Colonial Effects: The Making of National Identity in Jordan*; *Desiring Arabs*; *The Persistence of the Palestinian Question: Essays on Zionism and the Palestinians*. Zuletzt erschienen ist sein Buch *Islam in Liberalism*. Seine Bücher und Artikel wurden in zahlreiche Sprachen übersetzt.

# Aufruhr mit beschränktem Horizont

Hanspeter Gysin

**Wahlen in Israel sind seit Langem von einem Patt zwischen zwei zionistischen Parteien geprägt. Ob die sozialen Proteste an der Politik Israels etwas Grundlegendes ändern werden, muss leider bezweifelt werden.**



Kundgebung von „Frauen in Schwarz“

Nach vier Wahlgängen innerhalb von zwei Jahren erneuert sich das Drama. Nach dem dritten Wahlgang hatten sich die führenden Parteien, die sich im Wahlkampf als Spinnefeind ausgaben, Netanjahu Likud und Benny Gantz' Kachol Lavan (Blau-Weiss), auf einen faulen Kompromiss geeinigt. Netanjahu hätte nach 18 Monaten (also im Oktober 2021) sein Amt als Premierminister an Gantz weitergeben sollen und Gantz, der ehemalige Armeegeneral, sollte dann sein aktuelles Amt als Verteidigungsminister an seinen Parteikumpel und ebenfalls ehemaligen Armeegeneral Gabi Aschkenasi weitergeben. Das Konzept war offensichtlich zum Scheitern verurteilt.

## Anhaltende Proteste

Die Begründungen für den massiven Unmut sind breit gefächert. Es geht in erster Linie um Korruptionsvorwürfe gegen Bibi, wie Netanjahu im Volksmund genannt wird. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, er

habe Schmiergelder (unter anderem beim Kauf von Unterseebooten in Deutschland) angenommen, sich von Millionären bestechen lassen und von Medienmogulen positive Berichterstattung für seinen Wahlkampf erkaufte. Die Arbeitslosigkeit, die einen Höchststand von über 20 Prozent erlangt hat und massive Arbeitsprobleme mit sich bringt, ist ein wesentliches Thema. Ausserdem wird Unzufriedenheit mit der als repressiv empfundenen Handhabung der Corona-Krise<sup>1</sup> geäußert. Aber auch der Abbau demokratischer Rechte durch restriktive Gesetze oder die Lockerung von Datenschutz durch erleichterte Telefonabklärung gehören zu den Vorwürfen. Die Leute trugen T-Shirts mit der

<sup>1</sup> Nach anfänglich widersprüchlichem Umgang mit den Gefahren der Pandemie im ersten Halbjahr 2020 nahmen die Infektions- und Todeszahlen Dimensionen an, welche, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, höher waren als die der USA. Bis September 2020 wurden 255711 Infektionen registriert, die Todesraten stiegen auf Rekordniveau (in arabischen Dörfern Israels waren 13% der Menschen betroffen), dies begleitet vom Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die im späteren 2020 annähernd eine Million erreichte.

Aufschrift „Crime Minister“ und ein dem Propheten Jesaja zugeschriebenes Zitat aus der hebräischen Bibel macht die Runde, welches lautet: „Ach, sie ist eine Hure geworden, die gläubige Stadt, die von Gerechtigkeit erfüllt war, in der die Gerechtigkeit wohnte... Ihre Herrscher sind Schurken und Kumpane von Dieben, jeder begierig nach Geschenken und gierig nach Spenden.“ Unter schwarzen Flaggen als Erkennungszeichen protestieren die Leute seit Juni letzten Jahres vor dem Amtssitz des Regierungschefs an Jerusalems Balfour-Street. Die Black-Flag-Bewegung wurde initiiert von einem ehemaligen Militärführer namens Amir Haskel.<sup>2</sup>

Am Freitag 26. Juni 2020 wurden er und weitere Jerusalemer Aktivist:innen anlässlich einer Demonstration von der Polizei verhaftet. Aufgrund des Sabbatfeiertages, an dem in Israel keine Richter amten, wurden sie erst am darauffolgenden Sonntag in der Früh wieder entlassen. In dieser Zeit protestierten Hunderte gegen die Verhaftung. Selbst Parlamentsabgeordnete wie Mosche Ja'alon (Jesh Atid<sup>3</sup>), Ofer Cassif (Hadash) und Jair Golan (Meretz) nahmen daran teil. Obwohl Haskel den Kniefall von Blau-Weiss gegenüber Netanjahu hart kritisiert hatte, sahen sich selbst Gantz und Aschkenasi genötigt, die Freilassung des „verdienten Soldaten“ zu fordern. Nachdem die Polizei tags zuvor ein Protestcamp in der Umgebung geräumt hatte, meldete der ehemalige General für 14. Juli 2020 wiederum eine Demo an. Auch fortschrittliche Organisationen wie Zazim – Community-Network (eine Internetplattform für Mobilisierungen, deren

<sup>2</sup> Amir Haskel (67) war bis zu seiner Pensionierung Generalbrigadier der israelischen Luftwaffe. Er diente 32 Jahre lang in der israelischen Armee und hat seine Meriten als Pilot bereits im Krieg mit Syrien und Ägypten von 1973 verdient.

<sup>3</sup> Jesh Atid ist eine liberale Partei, deren linker Flügel als Koalition Jesh Atid-Telem nach dem faulen Kompromiss der Regierungskoalition eine Anti-Netanjahu-Fraktion im Parlament gebildet hat. Hadasch ist die KP Israels und Teil der Vereinigten Liste (Joint List), einem Bündnis aus linken Gruppierungen und gemäßigten Islamisten. Meretz heisst die Partei der sozialdemokratischen Linkzionisten, die eine Art Apartheid-Lösung, mit beschränktem Souveränitätsrechten für die Palästinenser:innen vertritt.

Kopf die israelische Linksaktivistin Orly BarLev<sup>4</sup> ist), und die 2019 gegründete Omdim BeYahad (eine Gruppe, die sich gegen Rassismus und für Palästinenserrechte, aber auch für ein besseres Ansehen Israels in der Welt einsetzt, um den Israeli Alon-Lee Green und die Palästinenserin Sally Abed) haben sich diesem Aufruf angeschlossen. Beide Gruppierungen werden vom New Israel Fund<sup>5</sup>, einer internationalen jüdischen Organisation, die sich für eine Zweistaatenlösung einsetzt und Netanjahu absetzen möchte, finanziert.

Doch auch wenn die fortschrittlichen Organisationen, die die Demonstrationen unterstützten, die Besetzung und die Annexionspläne der Regierung kritisieren, spielen diese Themen nur am Rande eine Rolle. Es ist leider typisch für die israelische Opposition, dass das Thema, welches unverzüglich Vorwürfe des Landesverrats und der Nestbeschmutzung nach sich zieht, möglichst aussen vor gehalten wird. Eine klare Haltung in der Frage haben nur die linke Hadasch, anarchistische Kreise und einige Menschenrechtsorganisationen, die ohne Wenn und Aber die Befreiung Palästinas vom Joch der Besetzung und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes fordern. Der Vertreter von Hadasch, Ofer Cassif, beispielsweise zitierte an der Demo Marx mit dem Satz: „Ein Volk, welches ein anderes Volk unterjocht, schmiedet seine eigenen Ketten.“ Und rief zum Ende der Besetzung und dem Verzicht auf (weitere) Annexionen auf. Haskel<sup>6</sup> seinerseits erwähnt in

seinen Stellungnahmen zwar, dass eines seiner Motive zum Protest die verschwindende Perspektive der Zweistaatenlösung sei, fügt seiner Begründung aber an, dies sei in erster Linie eine Notwendigkeit für den Zusammenhalt der israelischen Gesellschaft. Auch kritisiert er die Verunglimpfung der Proteste als staatsfeindlich und „bolschewistisch“. Die israelische Gesellschaft sei derzeit ein Pulverfass, meinte er, und die aktuelle Regierungspolitik untergrabe die Grundfesten der israelischen Demokratie.

Nach praktisch täglichen kleineren Folgedemos im Sommer 2020 wurde am 23. Juli erneut vor Netanjahus Amtssitz protestiert. Die Polizei zählte 4000 Menschen, die an dieser sogenannten Massenmeditation (guided imagination session) teilnahmen. Diesmal wurden die Protestierenden mit einer Gegendemonstration von mehreren hundert Netanjahu-Freunden konfrontiert, unter diesen eine offen faschistische Unterstützerguppe des Regierungschefs namens „La Familia“. Die Gruppe rekrutiert sich aus den Fans des Liga-Fussballklubs Beitar, die bekannt dafür sind, Palästinenser:innen mit dem Ruf „Tod den Arabern“ durch die Gassen Jerusalems zu jagen. Gegen Mitternacht brachen Auseinandersetzungen mit den Faschist:innen aus, die von der Polizei, teilweise hoch zu Ross und mit Einsatz von Wasserwerfern, beendet wurden. Über 50 Personen wurden diesmal verhaftet. Die Polizei liess zunächst verlauten, eine der verhafteten Personen sei mit dem Coronavirus infiziert gewesen, um die Meldung kurz darauf wieder zu dementieren. Die rechten Medien Israels im In- und Ausland hatten mittlerweile eine Kampagne lanciert, um die

angeblich linksextremen Rädelsführer:innen der Proteste zu „entlarven“ und deren Geldgeber zu denunzieren. Allen voran die internationale Propagandaplattform Israel Hayom, welche den Fokus auf die finanzierenden Organisationen legte. Israel Hayom<sup>7</sup> titelte: „Das wahre Gesicht hinter den regierungsfeindlichen Protesten“ und klagte Leute wie Orly BarLev oder Jigal Rambam (eine der Führungsfiguren der Sozialproteste von 2011) als Rädelsführer:innen an. Die Menschenrechtsanwältin Lea Tsemel stehe ebenfalls hinter den Demonstrationen. Sie wird als „Anwältin der Terroristen“ bezeichnet, weil sie auch Palästinenser:innen rechtlich vertritt. Selbst ex-General Haskel wird im Bericht der radikalen Linken zugerechnet.

### **Politischer Opportunismus regt sich**

Mittlerweile versucht auch die (Pseudo-)Opposition, sich den Unzufriedenen anzudienen. Einige Blau-Weiss-Abgeordnete, wie Miki Haimovich und Asaf Zamir, sprachen sich für die Auflösung des Bündnisses mit Netanjahus Likud aus und unterstützen die Demos. Sie betonten, bei den Protestierenden handle es sich um Menschen, die patriotisch seien, in der Armee dienten, Steuern zahlten und produktiv seien, sich aber entschlossen hätten, aufzustehen und Stellung zu beziehen. Später kamen bekanntere hochrangige Persönlichkeiten zu den Kritiker:innen hinzu, wie die ehemalige Shin-Bet-Direktorin Carmi Gillon und der ehemalige Premierminister Ehud Barak. Den Medien zufolge trägt Barak zur Finanzierung der Black-Flag-Bewegung bei. Sogar die ehemalige Ministerin für auswärtige Angelegenheiten und

<sup>4</sup> Orly BarLev hatte sich bereits 2015 mit einer Gruppe gegen die Pläne der Regierung gewandt, die Exploration der Erdgasfelder im Mittelmeer vor der Küste Gazas durch US-Firmen ausführen zu lassen. Ihre Gruppe befürchtete damals, Souveränitätsrechte Israels würden dem Deal mit US-Ölmultis zum Opfer fallen. Ausserdem war sie 2018 in Proteste gegen das Nationengesetz involviert.

<sup>5</sup> Der NIF, für ein besseres Israel. Sein wichtigstes Instrument, schreibt die Organisation, sei seine 1982 gegründete Initiative für die Durchsetzung des sozialen Wandels namens Shatil (Hebräisch für Setzling). Sie sei die Antwort des NIF auf die wachsenden Herausforderungen der israelischen Gesellschaft wie die bedrohte Sicherheitslage und zunehmende soziale Probleme. Shatil strebt eine Gesellschaft an, die auf der Gleichheit aller Bürger:innen und Einwohner:innen Israels beruht, und tritt für ein demokratisches, pluralistisches und gerechtes Israel ein. Von Palästinenser:innen ist in den Texten nirgends die Rede.

<sup>6</sup> Amir Haskels Tochter Sharren politisierte bis Dezember 2020 am rechten Flügel von Netanjahus Likud-Partei. Sie ist kanadisch-israelische Doppelbürgerin und hat sich vom Friedensengagement ihrer Jugendzeit zu einer rechten Hardlinerin entwickelt. Heute vertritt sie mit Vehemenz die Annexionspläne der Regierung, die sie die zukünftige „Souveränität“ des Jordantals nennt, und fügt hinzu, dass es sich dabei nur um den ersten Schritt zur vollständigen „Souveränität“ nicht nur des Jordantales, sondern von ganz „Judäa und Samaria“, also dem gesamten Westjordanland, handeln könne.

<sup>7</sup> Die Organisationen Zazim soll im Jahr 2018 vom New Israel Fund 192 875 Dollar erhalten haben, Omdim Yahad in den letzten Jahren 66 474 Dollar von nicht näher benannten deutschen Institutionen sowie 198 330 Dollar vom NIF.

<sup>8</sup> Tzipi Livni war eine Weggefährtin des früheren Premierministers Ariel Sharon und prägendes Mitglied von dessen Likud-Abspaltung Kadima. Nach ihrem Austritt aus der Partei gründete sie die chancenlose, kurzlebige Partei Hatnua, und hat sich mittlerweile aus der Politik verabschiedet. Miki Haimovich war zuvor eine bekannte TV-Moderatorin.



Justiz und früheres Likud-Mitglied Tzipi Livni<sup>8</sup> hat auf Demonstrationen gesprochen, ebenso wie der ehemalige Generaldirektor des Verteidigungsministeriums Ilan Biran oder der ehemalige Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates, Prof. Uzi Arad.

Trotzdem wird die Bewegung diffamiert, kriminalisiert und eingegrenzt. Netanjahu nennt die Demonstrierenden „Anarchisten“ und „Coronavirus-Inkubatoren“. Seiner Partei nahestehende Kreise rufen zu einer Kampagne mit dem Titel „Israel schützen – der Anarchie entgegenzutreten“ auf und denunzieren an einem Internetpranger kritische Professor:innen als unpatriotische Unterstützer:innen der Proteste. Ohne entsprechende Grundlage wurden Mobiltelefone lokalisiert, teilweise konfisziert und angeblich ausgewertet. Polizei und Nachrichtendienste teilten öffentlich mit, sie hätten die etwa 20 wichtigsten Anführer:innen der Proteste identifiziert, und drohen mit Konsequenzen. Die Generalstaatsanwaltschaft erteilte die Erlaubnis, persönliche Daten an den Leiter des militärischen Nachrichtendienstes weiterzugeben. Im Oktober 2020 beschlossen die Behörden, mit Hinweis auf Corona, eine weitere Einschränkung der Demonstrationsfreiheit: Wer protestieren wollte, durfte dies nur innerhalb eines Umkreises von tausend Metern von seinem Zuhause und in Gruppen von maximal 20 Menschen tun. Diese Restriktionen wurden inzwischen wieder aufgehoben. Bis heute dauern die Proteste an, doch noch immer kommt es nur wenigen der Protestierenden in den Sinn, dass das grösste Hindernis für Rechtsstaatlichkeit und sozialen Fortschritt in Israel darin liegt, dass in einer noch immer expansiven Siedlergesellschaft moralische Werte geringgeschätzt und die Kosten des andauernden Besatzungsterrors gegen die palästinensische Bevölkerung ein Tabu sind.

# Online-Aktivist:innen – überwacht, verfolgt, verhaftet

Roman Vonwil

**Soziale Netzwerke spielen eine zunehmend wichtige Rolle für Menschenrechtsaktivist:innen auf der ganzen Welt. Es verwundert nicht, dass gerade in Israel/Palästina Online-Aktivitäten von Aktivist:innen überwacht und Palästinenser:innen für Facebook-Posts, Tweets und andere Beiträge verfolgt und verhaftet werden.**



Protestaktion der US-amerikanischen Jewish Voice for Peace (siehe Kasten)

Spätestens seit dem arabischen Frühling ist bekannt, welche Sprengkraft soziale Medien haben können. Auch immer mehr Palästinenser:innen nutzen diese Plattformen als politisches Werkzeug. Facebook, Twitter, Instagram, YouTube und weitere Dienste bieten Aktivist:innen die Möglichkeit, eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren oder im eigenen Land wie international Unterstützung zu mobilisieren. Während der Corona-Pandemie hat ihre Bedeutung noch einmal zugenommen, da Protestaktionen und -kampagnen nun oft ausschliesslich online stattfinden.

Daneben sind neue Dienste aufgekomen. Zahlreiche politische Events finden zurzeit über Video-Konferenz-Tools von Anbietern wie Zoom statt. Aufzeichnungen der Vorträge können danach auf You-

tube oder Facebook zur Verfügung gestellt werden. Ganz im Sinn der Idee von einem „freien Internet“ scheinen die genutzten Plattformen Aktivist:innen uneingeschränkten Zugang zu bieten. Jede:r kann Inhalte hochladen, Events organisieren und Informationen verbreiten. Doch ein etwas genauerer Blick zeigt, dass dies nur bedingt stimmt und insbesondere bereits in der Offline-Welt marginalisierte Gruppen auch im Netz verfolgt und ihrer digitalen Rechte beraubt werden. Sie werden daran gehindert, auf digitale Medien zuzugreifen, diese zu nutzen und Inhalte zu publizieren. Ebenso wird ihr Recht auf Datenschutz und Privatsphäre verletzt. Denn auch im Internet gelten Machtverhältnisse und Repression findet sowohl online als auch offline statt.

## Palästinensische Onlinezensur und -überwachung

2017 verabschiedete die Palästinensische Autonomiebehörde das Gesetz über Cyberkriminalität, das einen massiven Einschnitt in die digitale Freiheit der Palästinenser:innen bedeutet. Die entscheidende Neuerung war, dass Behörden Internet-Provider im Westjordanland und im Gazastreifen anweisen können, Webseiten zu sperren, die angeblich die „nationale Sicherheit, den inneren Frieden, die öffentliche Ordnung oder die öffentliche Moral“ bedrohen. Zwar wurde das Gesetz kurze Zeit später unter dem Druck von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Journalist:innen und Anwalt:innen angepasst. Einige Artikel wurden entfernt, die direkt die Meinungsfreiheit beschnitten. Doch auch das angepasste Cyberkriminalitätsgesetz erlaubt das Blockieren von Webseiten aufgrund von im Gesetz bewusst offen formulierten Anschuldigungen sowie Gefängnisstrafen oder massive Bussen für Personen, die blockierte Seiten durch Umgehungstechnologien wie VPN oder Proxies nutzen oder besuchen.

In der Folge kam es zur Sperrung zahlreicher Webseiten und der Verhaftung von Menschenrechtsverteidiger:innen und Journalist:innen, die unter Artikel 20 des Gesetzes angeklagt wurden. Der Vorwurf lautet, Nachrichten (online) zu publizieren, die „die Integrität des Palästinensischen Staates, die öffentliche Ordnung oder die innere oder äussere Sicherheit gefährden“.<sup>1</sup> Allein am 17. Oktober 2019 wurden 59 palästinensische Nachrichten-Webseiten gesperrt.<sup>2</sup> Laut dem international tätigen Komitee zum Schutz von Journalist:innen waren darunter Hamas-nahe Seiten, unabhängige Nachrichtenkanäle, Seiten, auf denen Fatah-Funktionäre kriti-

siert werden, sowie Seiten, die von Organisationen betrieben werden, die sich für palästinensische Rechte einsetzen.<sup>3</sup>

Im Gazastreifen geht die Hamas direkt gegen Personen vor, die sich in den sozialen Medien kritisch gegenüber deren Regierungsarbeit äussern. Im Juli 2017 wurden zwölf Personen aufgrund von Kommentaren festgenommen, die sie auf Facebook veröffentlicht haben. Mohammad Nafez al-Talowli, ein junger Aktivist, der insbesondere während der Elektrizitätskrise im April 2017 Proteste gegen die Hamas mitorganisiert hatte, wurde wegen „Technologiemissbrauch“ und „Verbreitung irreführender Informationen“ angeklagt und verurteilt, weil er auf Facebook einen prominenten Hamas-Führer kritisiert hatte. Nach fünf Tagen im Gefängnis wurde er gegen Kaution und unter der Bedingung freigelassen, keine kritischen Facebook-Beiträge mehr zu veröffentlichen und nicht zu Protesten aufzurufen.<sup>4</sup> Das ist nur ein Beispiel unter vielen. Laut Human Rights Watch wurden 66 der 4235 Personen, die zwischen Januar 2018 und März 2019 von der Hamas festgenommen wurden, explizit für Posts auf sozialen Medien angeklagt.<sup>5</sup>

## Internationale Unternehmen machen mit

In Israel werden Palästinenser:innen, die kritische Inhalte auf Online-Plattformen teilen, ebenfalls verfolgt und verhaftet. Prominentes Beispiel ist die Dichterin Dareen Tatour, die wegen eines Gedichts auf ihrer Facebookseite zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die Veröffentlichung des Gedichts „Qawem Ya Sha’abi, Qawemhum“ („Leiste Widerstand, mein Volk, leiste ihnen Widerstand“) erfolgte 2015 auf dem Höhepunkt der palästinensischen Proteste in Israel und im Westjordanland und während einer Welle von tatsächlichen und

angeblichen<sup>6</sup> Messerangriffen und Fahrzeugattaken gegen israelische Soldat:innen und Zivilist:innen. Diese Angriffe nutzte die israelische Regierung, um Druck auf internationale Social-Media-Unternehmen aufzubauen. Gilad Erdan, Minister für Öffentliche Sicherheit, beschuldigte Facebook 2016, „sich in ein Monster verwandelt zu haben“, an dessen Händen „teilweise das Blut der getöteten Opfer klebt“.<sup>7</sup> Zusammen mit Justizministerin Ajelet Schaked wirbt er für das sogenannte Facebook-Gesetz, das diesen und andere Social-Media-Anbieter unter Androhung hoher Geldstrafen dazu verpflichten würde, gepostete Inhalte nach „Verhetzung“ zu durchsuchen und entsprechende Posts zu entfernen.<sup>8</sup> Gleichzeitig fanden persönliche Treffen zwischen Erdan, Schaked und Simon Milner, Policy-Verantwortlicher bei Facebook, statt.<sup>9</sup>

Der so aufgebaute Druck wirkt bereits, bevor das entsprechende Gesetz überhaupt angenommen ist. Seit 2015 sperrt Facebook regelmässig palästinensische Konten oder entfernt gepostete Inhalte. Anfang Mai 2020 wurden beispielsweise innerhalb weniger Stunden rund 50 Konten von palästinensischen Aktivist:innen und Journalist:innen gesperrt.<sup>10</sup> Begründet wurde dies mit angeblichen Verletzungen der Community Standards der Plattform. Ähnliche Fälle kommen immer wieder vor, auch beim Nachrichtendienst Whatsapp, der dem Facebook-Konzern gehört.<sup>11</sup>

Auch andere Anbieter von Online-diensten sperren Palästinenser:innen, denen die israelische Regierung Terrorismus oder Ähnliches vorwirft. Dies betrifft gerade auch

<sup>6</sup> Bei einigen Vorfällen, bei denen Palästinenser:innen von Sicherheitskräften als Reaktion auf einen angeblichen Angriff erschossen wurden, lassen Zeugenberichte und Videos, die unter anderem auf Social-Media-Kanälen verbreitet wurden, an der Darstellung des israelischen Militärs zweifeln.

<sup>7</sup> Tamleh hat einen Bericht über das Verhältnis zwischen Facebook und dem israelischen Staat publiziert: [tinyurl.com/38m428d7](https://tinyurl.com/38m428d7)

<sup>8</sup> [tinyurl.com/bhzzyeve](https://tinyurl.com/bhzzyeve)

<sup>9</sup> Milner bestreitet jedoch, dass es Vereinbarungen zwischen der israelischen Regierung und Facebook gibt: [tinyurl.com/2nemke5w](https://tinyurl.com/2nemke5w)

<sup>10</sup> [tinyurl.com/ke3tjday](https://tinyurl.com/ke3tjday)

<sup>11</sup> Siehe zum Beispiel: [tinyurl.com/6t7fc7m8](https://tinyurl.com/6t7fc7m8)

<sup>1</sup> Für eine Übersicht über Verletzungen digitaler Rechte der palästinensischen Bevölkerung siehe Internet Freedoms in Palestine: Mapping of Digital Rights Violations and Threats, herausgegeben von der palästinensischen Organisation Tamleh – Arab Centre for Social Media Advancement und dem internationalen Netzwerk Association for Progressive Communications APC 2017: [tinyurl.com/669d4zjh](https://tinyurl.com/669d4zjh)

<sup>2</sup> [tinyurl.com/xthj9kzn](https://tinyurl.com/xthj9kzn)

<sup>3</sup> [tinyurl.com/nmsbfpnb](https://tinyurl.com/nmsbfpnb)

<sup>4</sup> Siehe Amnesty International, State of Palestine: Alarming attack on Freedom of Expression: [tinyurl.com/yapvbwrk](https://tinyurl.com/yapvbwrk)

<sup>5</sup> [tinyurl.com/7ts3etks](https://tinyurl.com/7ts3etks)

## The Attacks on Palestinian Digital Rights

Dienste, die wegen der Corona-Pandemie stark an Bedeutung gewonnen haben. So wurde beispielsweise die Online-Übertragung eines Seminars über Gender und Widerstandsnarrative an der San Francisco State University wegen der Teilnahme von Leila Khaled vom Videotelefonie-Anbieter Zoom unterbunden.<sup>12</sup> Dies war ein Erfolg für pro-israelische Gruppen, die sowohl bei der Universitätsleitung als auch bei Zoom gegen den Anlass lobbyiert hatten. Auch Facebook entfernte den Link zum Live-Stream und Youtube brach die Übertragung nach gut 20 Minuten ab. In der Folge wurden weitere Zoom-Veranstaltungen, die diese Zensur kritisierten, vom Unternehmen selbst unterbunden.

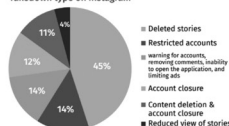
### Neue Überwachung unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung

In Israel/Palästina selbst nutzen sowohl der israelische Staat wie auch die Palästinensische Autonomiebehörde und die Hamas die Corona-Krise als Deckmantel, um die Unterdrückung von Aktivist:innen und Journalist:innen zu verschärfen. Menschenrechtsorganisationen wie Al Haq sprechen von einer Zunahme politisch motivierter Verhaftungen sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen seit dem Ausbruch der Pandemie.<sup>13</sup> Oft erfolgen sie aufgrund online veröffentlichter Kritik an der Autonomiebehörde bzw. der Hamas. In Israel werden indessen die Überwachungskapazitäten ausgebaut. 7amleh, eine Organisation, die sich für eine bessere Nutzung von Online-Tools für Advocacy einsetzt und die digitalen Rechte der Palästinenser:innen verteidigt, schreibt über die aktuelle Lage der digitalen Rechte in Israel<sup>14</sup>, dass die „Darstellung der Corona-Pandemie als Sicherheitsbedrohung den Einsatz von Massenüberwachungsmethoden und den Ausbau der Kompetenzen des [israelischen Inlandge-

40 Cases

at least of of hate speech and incitement to violence against Palestinians and Arabs

Takedown type on Instagram



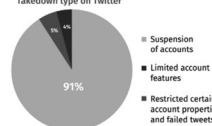
Takedown type on Facebook



500 Reports



Takedown type on Twitter



Grafik des Arab Center for Social Media Advancement 7amleh

heimdienstes] Schin Bet legitimiert hat, was die Palästinenser:innen und andere regierungskritische Gruppen, Menschenrechtsaktivist:innen und Journalist:innen noch verwundbarer gemacht hat“. Im März 2020 hat die israelische Regierung zwei Notfallverordnungen verabschiedet, um Regeln zur sozialen Isolation durchzusetzen sowie die Aufenthaltsorte von coronapositiven Personen zurückzuverfolgen. Besonders erschreckend ist insbesondere, dass mit der Umsetzung dieser Verordnungen unter anderem der Schin Bet beauftragt wurde. Persönliche Daten von Bürger:innen, die positiv auf das Coronavirus getestet wurden, werden vom Gesundheitsministerium dem Geheimdienst übergeben, der diese Personen wiederum durch Mobiltelefonortung überwacht. Anders als zum Beispiel in der Schweiz ist die Rückverfolgung von Ansteckungsketten über Mobiltelefone also weder freiwillig noch anonym. 7amleh weist auf die langfristigen Konsequenzen dieser neusten Entwicklung hin, die auch den Handlungsspielraum von Menschenrechtsakteur:innen einengt: „Die Normalisierung des Einsatzes von Massenüberwachungstechnologien hebt autoritäre Aspekte hervor, bei denen die Technologie zur Durchsetzung des staatlichen Willens und zur Kontrolle des Verhaltens der Bürger:innen eingesetzt

wird.“ Für Aktivist:innen, die für ihr Engagement soziale Medien und Technologien wie Smartphones nutzen, stellt sich also zunehmend die Frage, ob sie damit nicht ein trojanisches Pferd mit sich herumführen. Indirekt wird damit auch Onlinezensur betrieben. Denn ohne das Recht, Onlineplattformen frei von Angst vor Überwachung zu nutzen, werden etliche Palästinenser:innen ihre Präsenz in diesen Medien von sich aus einschränken.

### Petition unterschreiben!

Digitale Aktivist:innen haben begonnen, sich gegen die zunehmende Unterdrückung palästinensischer Stimmen auf Online-Plattformen zu wehren. Vor allem auf Facebook wird Druck ausgeübt: Die US-amerikanische Organisation Jewish Voice for Peace hat gemeinsam mit anderen Organisationen, darunter dem palästinensischen BDS-Komitee und 7amleh, unter dem Slogan „Facebook, hör auf, Palästinenser:innen zu zensieren“ im September 2020 eine Petition mit 23000 Unterschriften an das Social-Media-Unternehmen geschickt.

[jewishvoiceforpeace.org/fb-stop-censoring-palestine/](https://jewishvoiceforpeace.org/fb-stop-censoring-palestine/)

Eine zweite Petition an Facebook, die kürzlich eingereicht wurde, verlangt, dass Kritik am Zionismus unter den Richtlinien der Plattform nicht länger als Hassrede eingestuft wird: [face-bookweneedtotalk.org](https://bookweneedtotalk.org)

<sup>12</sup> [tinyurl.com/2krpwprn](https://tinyurl.com/2krpwprn)

<sup>13</sup> [tinyurl.com/cyxxx456](https://tinyurl.com/cyxxx456)

<sup>14</sup> [tinyurl.com/dsmrwl56](https://tinyurl.com/dsmrwl56)

# Legitime Israel-Kritik lässt sich nicht ersticken

Jenny Hut

**Mit einer BDS-Resolution zementierte der Deutsche Bundestag Deutschlands problematisches Antisemitismusverständnis. Mehrere Einzelfälle brachten seither eine kritische öffentliche Debatte ins Rollen. Menschen aus Wissenschaft, Kultur und Kunst setzen sich gegen eine zunehmende Verengung der Diskursmöglichkeiten ein.**

Eindeutiger hätte der BDS-Beschluss des Deutschen Bundestags vom Mai 2019 kaum sein können: «Wer [...] das Existenzrecht des jüdischen [...] Staates Israel oder Israels Recht auf seine Landesverteidigung infrage stellt», ist antisemitisch – und soll in Deutschland somit weder finanzielle Mittel noch Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen. In diesem Kontext brach im Frühjahr 2020 ein Streit um die Einladung des namhaften kamerunischen Intellektuellen Achille Mbembe als Eröffnungsrédner der später abgesagten Ruhrtriennale vom Zaun. Er unterstütze die BDS-Bewegung und sei deshalb antisemitisch. Ähnlich hitzig war die Debatte rund ein halbes Jahr später zum Projekt „School of Unlearning Zionism“ an der Kunsthochschule Weissensee in Berlin. Jüdisch-israelische Kunststudierende setzten sich in einer Veranstaltungsreihe kritisch mit dem zionistischen Narrativ auseinander. Die israelische Botschaft sprach von einer „Umrüstung des Antisemitismus“, der frühere grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck von einer „propagandistischen Ungeheuerlichkeit“. Die Kunsthochschule entzog dem Projekt die spärliche Finanzierung; das Online-Programm wurde kurzerhand von der Website gelöscht. Bundestagsbeschluss und polemische Debatten zeigen: Platz für legitime Kritik an Israel bleibt hier kaum. Die BDS-Resolution orientiert sich

an der von vielen Expert:innen kritisierten Antisemitismusdefinition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA). Schon oft wurde diese problematische und wenig präzise Definition instrumentalisiert, um legitime Kritik an Israels Menschen- und Völkerrechtsverletzungen als antisemitisch abzukanzeln. Das „Recht auf Selbstbestimmung“, das dem jüdischen Volk laut IHRA nicht abgesprochen werden dürfe, wird dabei meist als Recht auf einen jüdischen Staat Israel interpretiert – so auch im zitierten BDS-Beschluss, wo vom „Existenzrecht des jüdischen und demokratischen Staates Israel“ die Rede ist. Dass dieser Staat nur durch die systematische, gewaltsame Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung fortbestehen kann und es somit einen Widerspruch zwischen jüdischer Selbstdefinition und demokratischen Grundrechten gibt, lässt die Resolution ausser Acht.

Nun melden sich aus verschiedenen Lagern kritische Stimmen zu Wort. Viel Beachtung erhielt die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ – benannt nach Deutschlands Grundgesetzartikel, der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit schützt. Leiter:innen von rund 30 Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen wie etwa dem Goethe-Institut, den Berliner Festspielen und dem Zentrum für Antisemitismusforschung monieren, dass „wichtige lokale und

internationale Stimmen [...] durch missbräuchliche Verwendung des Antisemitismusvorwurfs“ ausgegrenzt würden. Zwar distanzieren sie sich unter dem unzutreffenden Argument, BDS erlaube keinen kulturellen oder wissenschaftlichen Austausch, von der Bewegung. Dennoch verteidigen sie die Notwendigkeit, Raum für eine offene Auseinandersetzung mit deren politischen Inhalten und ähnlichen Ansätzen zu bieten.

Noch eindeutiger äussern sich 122 palästinensische und arabische Intellektuelle in einem offenen Brief: „Der Versuch, die BDS-Kampagne als antisemitisch darzustellen, ist eine grobe Verzerrung dessen, was grundsätzlich eine legitime und gewaltfreie Kampagne für die Rechte der Palästinenser:innen ist.“ Klare Worte findet auch der Aufruf „Wir können nur ändern, was wir konfrontieren“, der von einem „Klima der Zensur“ spricht, das durch die BDS-Resolution geschaffen worden sei. Er wurde von knapp 1500 Kunstschaaffenden und Intellektuellen unterzeichnet, die sich mit der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ solidarisieren. Sie verurteilen insbesondere die Vorstellung, „dass die Leiden und Traumata von Opfern politischer und historischer Gewalt gemessen und in eine Rangfolge gebracht werden können“.

Dass auch die staatlichen Institutionen nicht alle hinter dem BDS-Beschluss stehen, illustriert folgendes Beispiel: Die palästinensisch-jüdisch-deutsche Initiative Bundestag 3 für Palästina (BT3P) klagte vor dem hessischen Verwaltungsgerichtshof gegen die Stadt Frankfurt am Main, die mit Verweis auf den Beschluss die Raumreservierung für eine Veranstaltung entzogen hatte – und erhielt Anfang Dezember 2020 Recht. Kurze Zeit später fand der geplante Anlass statt – bezeichnenderweise unter dem Titel „Meinungsfreiheit für Menschenrechtsarbeit statt Zensur“.